



**Barbara Grille und Joachim Jarosch**

**An den**

**Oberbürgermeister der Stadt Erlangen**

**Jörg Volleth**

**Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO**

Eingang: **20.05.2026**  
Antragsnr.: **034/2026**  
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**  
Zust. Referat: **III / 11**  
mit Referat:

**Erlangen, den 20. Mai 2026**

**ÖDP-Antrag zur Stadtratssitzung am 20. Mai 2026 zu TOP Ö 13 und 14**

**Wahl der weiteren berufsmäßigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister:**

**Vorstellung: Transparenz, Zielsetzungen und nachvollziehbarer Mehrwert für**

**Verwaltung und unsere Bürgerinnen und Bürger**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

im Vorfeld der Wahl der weiteren Bürgermeisterinnen und Bürgermeister beantragen wir:

1. dass sich die Kandidatinnen und Kandidaten vor der Wahl durch die Stadträtinnen und Stadträte jeweils mit einer öffentlichen Rede bzw. Erklärung im Stadtrat vorstellen;
2. dass diese Stellungnahmen schriftlich vorgelegt und im Ratsinformationssystem veröffentlicht werden;
3. dass darin insbesondere folgende Punkte verbindlich dargestellt werden.

## **1. Inhaltliche Zielsetzungen und konkreter Mehrwert**

Die Kandidatinnen und Kandidaten sollen darlegen,

- welche konkreten politischen und organisatorischen Ziele sie sich für die kommenden sechs Amtsjahre setzen,
- welche messbaren Verbesserungen sie konkret für die Stadt Erlangen erreichen wollen;
- welche Schwerpunkte sie im Sinne eines nachvollziehbaren Arbeitsprogramms verfolgen;



## Barbara Grille und Joachim Jarosch

- worin der Mehrwert durch sie konkret in dieser zusätzlichen Funktion gegenüber der bisherigen Verwaltungs- und Referatsstruktur besteht;
- wie Doppelstrukturen durch sie persönlich konkret vermieden werden sollen.

Nicht nur in Zeiten einer angespannten Haushaltslage ist es notwendig, dass zusätzliche politische Funktionen formal begründet sowie inhaltlich nachvollziehbar und überprüfbar sind.

### **2. Transparenz über Kosten und personelle Ausstattung**

Die Kandidatinnen und Kandidaten sollen offenlegen,

- welche zusätzlichen Kosten durch die jeweiligen Bürgermeisterämter entstehen, insbesondere welche personellen Stellen neu geschaffen, verändert und wie hoch eingruppiert werden;
- welche Sach- und Ausstattungskosten anfallen;
- welche Auswirkungen die Neuordnung von Zuständigkeiten auf bestehende Referate hat.

Insbesondere ist nun konkreter vorab von den Bürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten darzustellen,

- warum Aufgabenbereiche aus bestehenden Referaten herausgelöst werden und weshalb durch sie aktuell entstehende Mehrkosten gerechtfertigt sind,
- und welchen konkreten Nutzen durch sie konkret die Bürgerinnen und Bürger daraus erwarten dürfen.

Wenn beispielsweise Zuständigkeiten wie das Schulreferat oder Aufgabenbereiche aus anderen Referaten neu zugeordnet werden, muss nachvollziehbar erklärt werden, weshalb diese Umorganisation einen tatsächlichen Mehrwert schafft – und warum die hierfür eingesetzten Mittel nicht gleich unmittelbar in unsere Schulen, weitere Bildungseinrichtungen oder Infrastruktur der Stadt investiert werden sollten.

### **3. Demokratische Zusammenarbeit im Stadtrat**

Die Kandidatinnen und Kandidaten sollen außerdem darlegen,

- wie sie die demokratische Zusammenarbeit aller Stadträtinnen und Stadträte fördern wollen,



## Barbara Grille und Joachim Jarosch

- wie insbesondere auch nicht fraktionsgebundene Mitglieder gleichermaßen eingebunden werden sollen,
- wie Transparenz, Beteiligung und sachorientierte Zusammenarbeit künftig gestärkt werden sollen.

Gerade Bürgermeister tragen Verantwortung für den politischen Stil im Rathaus. Daher ist von besonderem Interesse, wie diese Rolle verstanden und ausgefüllt werden soll.

### **4. Dokumentation und spätere Überprüfbarkeit**

Die Stellungnahmen sollen schriftlich dokumentiert werden, damit Bürgerinnen und Bürger die angekündigten Ziele und Aussagen im Laufe der Amtszeit nachvollziehen und überprüfen können.

Demokratische Verantwortung lebt von Transparenz, Nachvollziehbarkeit und überprüfbaren Aussagen – insbesondere bei Ämtern, die mit zusätzlicher politischer Verantwortung, personeller Ausstattung und finanziellen Auswirkungen verbunden sind.

### **Begründung**

Die Wahl weiterer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist nicht lediglich eine Personalentscheidung, sondern auch eine Entscheidung über politische Prioritäten, Verwaltungsstrukturen und den Einsatz öffentlicher Mittel. Nachdem die Schaffung bzw. Ausgestaltung dieser Ämter bereits beschlossen wurde, ist es umso wichtiger, den Bürgerinnen und Bürgern transparent darzulegen,

- wie die Aufgaben künftig tatsächlich übernommen werden;
- welcher konkrete Nutzen für unsere Bürgerschaft und Verwaltung daraus entsteht;
- und wie die zusätzlichen Kosten in Zeiten schwieriger Haushaltslagen kompensiert werden.

Eine öffentliche Vorstellung mit klaren Zielsetzungen stärkt das Vertrauen in kommunale Entscheidungen und ermöglicht eine sachliche demokratische Bewertung der künftigen Amtsführung.

**Mit freundlichen Grüßen**

**Barbara Grille**

**ÖDP-Stadträtin**

**Joachim Jarosch**

**ÖDP-Stadtrat**